

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, Anton Mahdalik und Stefan Berger betreffend „Strukturreformen im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit“, eingebracht in der Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz im Rahmen der Budgetvoranschlagsdebatte am 10. Dezember 2020 zu Post 1

---

Die außerschulische Wiener Jugendarbeit wird seit Jahrzehnten durch unzählige stadtnahe Vereine organisiert. Neben den beiden großen Vereinen „Verein Wiener Jugendzentren“ und dem Verein „Wien EXtra“ bestehen in den Bezirken zahlreiche Vereine, die Parkbetreuung und Ähnliches anbieten und ohne ein nachvollziehbares System aus diversen öffentlichen Töpfen finanziert werden. Allein bei der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 20.12.2018 erhielten die stadtnahen Vereine BackBone, Zeit!Raum, Juvivo, Bahnfrei, Balu&Du, Zentrum Aichholzgasse, Institut für Erlebnispädagogik, Mulikulturelles Netzwerk, Kiddy&Co, Rettet das Kind, Bassena Stuwerviertel Basissubventionen in Millionenhöhe. In diesen Vereinen arbeiten - anders als dem gesetzlichen Modell eines Vereines an sich entsprechend - keine ehrenamtlichen Mitglieder, sondern ausschließlich bezahltes Personal. Die Finanzierung erfolgt nahezu zu 100% aus Steuergeldern der Stadt Wien und der Bezirke, die Eigenfinanzierung geht gegen Null. Auch die räumliche Zuständigkeit der Vereine ist vielfach nicht mehr nachvollziehbar und bestenfalls historisch erklärbar. So betätigt sich der Verein Zeit/Raum im 15. und im 22. Bezirk, was eine kostenintensive logistische und organisatorische Herausforderung darstellen dürfte.

Auch der Stadtrechnungshof stößt sich offenkundig an dieser unübersichtlichen Struktur im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit. Im aktuellen Bericht StRH I – 24/17 heißt es auf Seite 41: „Der Stadtrechnungshof empfahl der MA 13, im Zuge einer Gesamtbetrachtung von geförderten Vereinen mit ähnlichen oder gleichen Tätigkeitsschwerpunkten mögliche Synergien zu evaluieren. Dabei könnten sich Einsparungspotenziale, wie beispielsweise durch Optimierung von Organisationsabläufen oder die gemeinsame Nutzung vorhandener Infrastrukturen ergeben.“

Das gegen eine Strukturbereinigung vorgebrachte Argument, wonach die Stadt Wien die Zusammenlegung „privater“ Vereine nicht veranlassen könne, verfängt in Wahrheit ebenfalls nicht. Als einziger Subventionsgeber hat es die Stadt Wien sehr wohl in der Hand, über die Subventionsrichtlinien Strukturreformen zur Bedingung für weitere Förderungen zu machen.

Nur der guten Ordnung halber sei erwähnt, dass eine gleichlautende Empfehlung des Stadtrechnungshofes bereits für den ähnlich „organisierten“ Bereich der Migrantenberatung ergangen ist (vgl StRH I-18/17 Seite 15).

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat nachfolgenden

## B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert den zuständigen amtsführenden Stadtrat auf, gemäß den Empfehlungen des Stadtrechnungshofes die zahlreichen Parallelstrukturen im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit kritisch zu hinterfragen. Es ist insbesondere zu überprüfen, ob es für die Erbringung gleichgelagerter Tätigkeiten tatsächlich derartig vieler verschiedener Rechtsträger bedarf. Sollte das Ergebnis dieser Überprüfung negativ sein, wäre im Weiteren eine umfassende Strukturreform im Wege einer Zusammenlegung der Vereine oder der Rückübertragung der Aufgaben an den Magistrat der Stadt Wien zu veranlassen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.